



Das war's! Stalingrad 1943

„ Wenn ich ein sowjetischer Marschall wäre oder ein Oberst, würde ich die Ausdehnung der NATO-Grenzen, erst von der Elbe bis an die Oder und dann über die Weichsel hinaus bis an die polnische Ostgrenze, für eine Provokation und eine Bedrohung des heiligen Russlands halten. Und dagegen würde ich mich wehren.“

Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt in der ZEIT

Verrat auf Deutsch

Deutschland hat, indem es den Bruch des 2+4-Abkommens durch die NATO vorbehaltlos mitgetragen hat, das Gründungsdokument seiner Einheit zerrissen. In diesem Abkommen wurde Russland der Verzicht auf die Osterweiterung der Nato zugesichert. Dies hätte, wie der jetzige Krieg zeigt, eine fundamentale Bedeutung für die Sicherheit in Europa gehabt. Aber statt dieses für den zukünftigen Frieden unersetzliche Abkommen einzuhalten, hat die NATO - und mit ihr die in Europa inzwischen tonangebenden Deutschen - die Schwächeperiode Russlands nach dem Zusammenbruch der UdSSR dazu genutzt, eine europäische Friedensregelung zu verbauen zugunsten einer aggressiven Frontenerweiterung. In fünf Erweiterungsrounden wurde die „ANTI-Russland-Koalition“ auf nun 30 Staaten erweitert mit dem Ziel, die russische Föderation militärisch zu umzingeln und zu erpressen. Ein nicht wieder gutzumachender Akt politischer Charakterlosigkeit. Damit haben die

Deutschen die Regierung Russlands und das russische Volk einmal mehr hintergangen und das Fundament zerstört, auf dem eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik hätte aufbauen können. Man nennt das Verrat! Denn wer, wenn nicht die russischen Regierungen haben sich seit dem Ende der Sowjetunion bemüht, den Westen von einer solchen „Sicherheitsarchitektur“ zu überzeugen. Insbesondere Präsident Putin setzte die Anstrengungen Gorbatschows für ein „gemeinsames europäischen Haus“ fort, in der Erwartung, dass die wiedervereinigten Deutschen das unterstützen würden. Das Gegenteil geschah!

Michail Gorbatschow war am Ende seines Lebens ziemlich verzweifelt. Das waren also die Deutschen, denen er trotz ihrer Verbrechen die Hand gereicht und die Wiedervereinigung ermöglicht hatte.

Als er starb, konnte sich keiner der Repräsentanten der Berliner Republik dazu aufrufen, ihm in Moskau die letzte Ehre zu erweisen.

Überflüssig der Hinweis, dass damit nicht alle Deutschen gemeint sind. Aber dieses Deutschland ist Kriegspartei geworden, will „kriegstüchtig“ werden, geht sehenden Auges auf wachsende Altersarmut zu, Kinderarmut hat sich in den Kinderzimmern breitgemacht, Bildung, Rente, Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge, Mobilität, Digitalisierung, bezahlbares Wohnen – alles geht den Bach runter und die Wahrnehmung deutscher Interessen überlässt man den ewigen Kriegstreibern und Pipelinesprengern, den USA und ihrer Fremdenlegion, der NATO.

Und die einzige Antwort sind Demonstrationen gegen die AfD. Man reibt sich verwundert die Augen und fragt erneut: Was stimmt mit euch nicht?

Was in aller Welt stimmt mit diesen Deutschen nicht?

„Wer mit der Ukraine zu tun gehabt hat, der weiß, dass das ein Land ist, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist.“

Jean Claude Juncker Ministerpräsident Luxemburg und bis 2019 Chef der EU-Kommission

Eigentlich unglaublich,

dass ihnen das immer wieder gelingt...

Deinem Urgroßvater haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.

Für das Vaterland.

Und er hat das tatsächlich geglaubt.

Was hat er gekriegt?

Granatsplitter in Beine und Kopp
vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:

gegen die slawischen Horden.

Für die abendländische Kultur.

Er hat das wirklich geglaubt.

Was hat er gekriegt?

Bauchschuss und einen verrückten Kopp
vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:

Gegen die Völkermörder.

Für die Menschenrechte.

Für den Frieden.

Unglaublich – er glaubt`s

Was er wohl kriegt?

Und wo wird das sein – diesmal?

Franz-Josef Degenhardt



Das Eimsbüttler Chamäleon

Seine äußere Erscheinung ist makellos. Er ist weder zu groß noch zu klein (Scholz plus 1 cm), weder zu dick noch zu dünn. Seine Gesichtshaut ist glatt, um nicht zu sagen aalglatt. Körperbau und Muskulatur trainiert er bei Kaeser um die Ecke.

Till Steffen ist zwar nicht der personifizierte Olympionike, aber auf die Sekunde zur Stelle, wenn es gilt, zum nächsten Karrieresprung anzusetzen. Den Blick zurück erspart sich der Polit-Profi. Das Mandat als Hamburger Justizsenator konnte er darum bedenkenlos in die Patschhändchen seiner ihm ebenbürtigen grünen Sportsfreundin **Anna Gallina legen**.

Zur Zeit ist Till Steffen parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Berliner Reichstag, also in Pole-Position für den weiteren Parteiaufstieg. Von dort versichert er gegenwärtig dem heimischen Wahlvolk, er **sorge sich um die Vielfalt und sozialen Ausgleich in Eimsbüttel** (derzeitige grüne Losung bei EU-Wahl). Um die Vielfalt eines Stadtteils also, der durch Steffen und seinesgleichen „durchgentrifiziert“, auf höchstes Mietenniveau gehoben und von sozialer Verödung bedroht ist wie kaum eine andere Ecke Hamburgs.

Passend sieht Steffen seine Partei neuerdings als **„die wahre konservative Kraft“** im Berliner

Reichstag, in die sie einmal stolz, für Fortschritt und Pazifismus, eingezogen war. Konservativ **„im Sinne Konrad Adenauers“** (Vater der Wiederbewaffnung), wie Steffen ausdrücklich betont.

Auch den Pazifismus definiert Steffen heute speziell: Mehr religiös, als Gegnerschaft gegen das Böse... und **gegen die Volksrepublik China**. Daher besuchte unser Mann kürzlich auch Taiwan, um dort im Schlepptau der USA Konflikte aufzubauen.

In Hamburg machte Steffen mit Parteifreund Habeck zuletzt Stimmung **gegen eine Beteiligung der chinesischen COSCO-Reederei** (am schrumpfenden) Hafengeschäft, unterstützte aber mit seiner Truppe **den Verkauf der städtischen HHLA** an einen Schweizer Blackrock-Ableger. Unvergessen auch derselbe Till Steffen als **gnadenloser Befürworter einer gesetzlichen Impfpflicht**, der seine Mitbürger am liebsten direkt per Netzanschluss mit Pfizer oder Astrazeneca verbunden hätte.

Zur Zeit ist unser Ex-Pazifist ohne wenn und aber **für den Einsatz von „Taurus“-Raketen**, um die NATO zum Sieg und Russland in den Ruin zu führen. (Wer's nicht glaubt, alles lt X (ehem. Twitter)).

Ob allerdings unter den dann möglicherweise eintretenden Umständen die Forderung seiner Partei nach mehr Strassenbegleitgrün im Stadtteil noch Sinn macht, ist fraglich. Genauso wie das Überleben eines Chamäleons in Eimsbüttel.

SPD-Eimsbüttel

Was wurde eigentlich aus dem wegweisenden Vorstoss von Paulina Reineke-Rügge?

Paulina, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion-Eimsbüttel, hatte das Ende der vorigen Badesaison mit einem Paukenschlag eingeläutet und damit die Meinungsführerschaft in der Eimsbüttler Twitterblase an sich gerissen.: Die SPD wolle künftig auch Frauen und nicht binären Menschen das Baden ohne Oberbekleidung erlauben. Im Klartext : oben ohne für alle. „ Dass heute solche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gemacht werden, ist nicht mehr zeitgemäß. Für uns ist klar, dass diskriminierende Kleidervorschriften in Eimsbüttel keinen Platz haben.“

Wohl wahr, Paulina! - aber warum „Oben Ohne“ nur auf Schwimmbäder beschränken, wenn doch die sommerliche Hitze den Eimsbüttlern auf Strassen, in Büros und Hörsälen noch weit mehr zusetzt als Paulina im Planschbecken des Kaifu?

Die unaufgeklärte Mehrheit staunt, schweigt und wartet nun darauf, ob denn wenigstens die binären und weiblichen SPD-Mitglieder ihrer Paula in der kommenden Badesaison beispringen. Der Kampf gegen „diskriminierende Kleidervorschriften“ könnte ein echter SPD-Renner werden!



Wo airbnb regiert

Das Ferienwohnungs-Eldorado

2023 stieg die Zahl gemeldeter Ferienwohnungen in Eimsbüttel wiederum um 337 auf 2069. Geschätzte Dunkelziffer: Ein Mehrfaches.

Während Wohnungen in Eimsbüttel händeringend gesucht werden, wächst die Zahl der Ferienwohnungen im Bezirk pandemieartig an. Im vergangenen Jahr um unglaubliche 19 % also. Laut Niendorfer Wochenblatt ergaben stichprobenartige Suchanfragen auf dem Portal airbnb ein vielseitiges Angebot für jeden Geldbeutel, gerade im Kerngebiet, aber auch in Lokstedt, Niendorf und Schnelsen. Von Lofts, historischem Ambiente in der Bürgermeister-Villa über Micro-Apartments, Zimmer oder ganze Wohnungen. Ein asoziales Geschäft, bei dem je nach Jahreszeit und Objekt oft weit über 400 Euro pro Nacht aufgerufen werden.

Dass 90 Prozent der Vermieter das Ausbeuter-Gen mit sich tragen, ist nicht neu. Jetzt aber scheinen auch Mieter/Innen einen Weg gefunden zu haben, auf der Mietpreiswelle zu surfen und sich ein i. d. R. steuerfreies Zusatzeinkommen zu verschaffen. Ein mieser Trend, weil damit immer mehr Wohnraum der normalen Nutzung entzogen wird. Untermieter, Wohngemeinschaften oder der nestflüchtende Eimsbüttler Nachwuchs haben da keine Chance mehr. Das Ferienwohnungs-Eldorado Eimsbüttel ist längst Mieter-Notstandsgebiet.

Hamburg

A380: Airbus lässt Steuerzahler sitzen

Die Produktion des Airbus A380 wurde 2021 mangels Nachfrage eingestellt. Die Bundesregierung hatte die Entwicklung des Großraumflugzeugs A380 seit 2002 mit einem Kredit von 924 Millionen Euro gefördert.

Die deutschen Steuerzahler bleiben nun absehbar auf rund 600 Millionen Euro für die Entwicklung des offensichtlich überdimensionierten Fliegers sitzen. Von dem 942 Millionen Euro schweren Darlehen habe Airbus bisher nur rund ein Drittel getilgt, schrieb das Bundeswirtschaftsministerium Ende Februar.

Ob Airbus den restlichen Kredit zurückzahlen muss, bleibt damit umstritten. Der Flugzeugbauer steht auf dem Standpunkt, dass die Regierungen, die 2002 Kredite für das einstige Prestigeprojekt gegeben hatten, auf diesem Weg das ökonomische Risiko des A380 mittragen.

Die Antwort der Bundesregierung zur ausstehenden Restschuld von Airbus unterstreicht ihre Ratlosigkeit. Statt klarer Ansagen, wie sie den Kredit zurückverlangen will, ist sie nun darauf angewiesen, mit Airbus hinter verschlossenen Türen zu verhandeln.

Hoffen wir, dass die Konzerngewaltigen dem Bittsteller Bundesrepublik mehr als ein Almosen genehmigen.

Arbeitsplatz Hamburg Rasanter Austausch von Vollzeit- in Billiglohn-Jobs

Es ist nicht lange her, dass Kanzler Olaf Scholz sich von der Energiewende „große Impulse“ und „ein neues Wirtschaftswunder“ erhoffte. Nun stellt die deutsche Wirtschaft mit einem Wachstum von 0,0 Prozent „den kranken Mann Europas“. Wirklich Spitze ist die Bundesrepublik dagegen bei den Energiepreisen, die der Wirtschaft den Stecker gezogen haben, und bei den Lebenshaltungskosten für Normalverdiener, die in unerschwingliche Höhe getrieben wurden. Gleichzeitig wird unablässig über fehlende Fachkräfte geklagt. Aber was ist wahr an dem Gejammer, wenn gleichzeitig Fachkräfte in großer Masse auf die Straße gesetzt werden?

Hier eine keineswegs vollständige Hamburger Bilanz von Entlassungen der letzten Monate:

Die großen Versicherer hatten den Entlassungsmarathon schon hinter sich, Signal-Iduna, Ergo, die DAK schon Tausende Angestellte abgebaut. Jetzt kündigte Unilever den Wegfall von 3500 Arbeitsplätzen an, vor allem auch in der Hamburger Zentrale des Weltkonzerns. Das ebenfalls weltweit tätige Energie-Unternehmen DEA-Wintershall meldet den Wegfall von ca 350 Hamburger Arbeitsplätzen, der Otto-Konzern streicht 850 Jobs im Retourenzentrum, der Hamburger Chemiehändler Helms mehrere Hundert, der Maschinenbauer Hauni 700, Tschibo streicht 300 Stellen in der Verwaltung und verweigert anstehende Lohnanhebungen, der Arbeitskräftevermittler XING kündigte Hunderten Beschäftigten. 430 Jobs verschwanden erneut im kaum noch vorhandenen Hamburger Schiffbau, läppische hundert beim Bootsaurüster A.W.Niemeyer. Da kann auch die landeseigene HHLA nicht zurückstehen, will aktuell aber noch keine Zahlen nennen. Die Umsatzriesen Airbus und die Hamburger Lufthansa nutzen derweil die Corona-Krise, um mehrere Tausend ältere und teurere Arbeitnehmer auszusortieren und durch „frische“, junge und billigere Kräfte zu ersetzen, die doch angeblich überall fehlen.

Tatsächlich findet in Hamburg ein rasanter Austausch von Vollzeit- in Billigjobs statt. Im Angebot sind Werkverträge, Leiharbeit, Mehrfach-Mini- und Mindestlohnjobs, Ein-Euro- und Rentnerjobs, kurz alles, womit man Arbeitssuchenden das Leben schwermachen, Ausbildungskosten sparen und Rentenkassen austrocknen kann.



Was wir jetzt beim Treff unserer Eimsbüttler DKP-Gruppe diskutierten:

Es war nicht das erste Mal, dass wir das Thema beim Wickel hatten. Es ging uns auch nicht darum, einzelne Missstände in den umliegenden Heimen und Krankenhäusern anzuprangern. Aber was wir am Ende feststellten:

Es hat sich über die Jahre nichts gebessert!



Es geht um schwere Verletzungen der Grundrechte alter Menschen

Die Wahrheit ist simpel:

Altersheime sind notorisch unterbesetzt und die Pflegekräfte müssen von einem Zimmer zum andern eilen, um die Bewohner zu versorgen. Sie haben nur wenige Minuten Zeit für den einzelnen Menschen, sie hetzen von einem Zimmer zum nächsten, hin und her, weil zwischendurch immer wieder jemand Hilfe braucht und nach ihnen klingelt. Abends, am Ende eines langen Arbeitstags, sind sie erschöpft und ausgelaugt und haben Schmerzen im Rücken und in den Schultern, in den Knien, da sie den Bewohnern, die dazu noch in der Lage sind, beim Aufstehen, bei der Fortbewegung und beim Ins-Bett-Gehen helfen müssen. Die Fluktuation in diesen Berufen ist hoch: Die Beschäftigten halten den Rhythmus und die Belastung nicht lange durch. Auch dies ist eine Form der Misshandlung. Man muß feststellen, dass dieses System unmoralisch ist. Man kann es gar nicht oft

und laut genug sagen: Das System ist unmoralisch. Es geht um unhaltbare Lebensbedingungen und es geht um schwere Verletzungen der Grundrechte alter Menschen. Zusätzlich deprimiert die völlig ungenügende Bezahlung der Beschäftigten. Ebenso die Praxis der Medizinischen Dienste der Kranken- und Pflegeversicherungen, in der auch vernachlässigte Pflegeheime notorisch mit „Gut“ bewertet werden, was offensichtlich darauf zurückzuführen ist, dass die Kontrollbesuche den Einrichtungen stets vorher angekündigt werden.

In Vorbereitung: Das nächste krumme Ding mit der Rente

1980 waren es noch 57%, 1991 noch 53,9%. Heute macht die Rente gerade noch 42% des Durchschnitts-Brutto der Arbeitnehmerneinkommen aus.. Gleichzeitig hat sich das Betrugsmanöver der Riesterreute in Millionen Rentnerhirne eingebrannt. Statt der versprochenen Verzinsung blieben jede vierte Mark und Euro als Gebühr bei Banken und Versicherungen hängen. Und doch startet die Ampel das nächste Ding. Dafür erhalten müssen die Babyboomer, die nun gehäuft in den Ruhestand gehen. Um Beitragssprünge und Ärger zu vermeiden, will die Bundesregierung dazu Milliarden am Kapitalmarkt anlegen und mit den Erträgen die Rentenbeiträge stabilisieren. Milliarden, die sie nicht hat. Aber ist das ein Problem? Blackrock & Co stehen Schlange, um den vorgestellten 200-Milliarden-Fonds zu füllen, denn bei der Aktienrente handelt es sich um ein kreditfinanziertes Spekulationsgeschäft, für das der Bund nicht nur Zinsen zahlen muß, sondern auch das Ausfallrisiko trägt. Also Augen zu und durch! So wie der Spielbank-Junkie, der



einen Dispo aufnimmt, um am Roulette-Tisch seine Verluste vom Vortag zu egalisieren.

Am 24. März 1999 begann die NATO ihren Angriff auf Jugoslawien. Der Militärpakt hatte ihn konsequent herbeigeführt und verschob erstmals seit 1945 Grenzen in Europa mit Gewalt.

Der Türöffnerkrieg

Der Krieg, den die NATO vor 25 Jahren gegen die Bundesrepublik Jugoslawien entfesselte, vollendete 8 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion die Niederlage des Sozialismus in Europa und die der Bewegung blockfreier Staaten. Es galt wieder das imperialistische Faustrecht. Uno und Völkerrecht waren ausser Kraft gesetzt durch das selbsterteilte Mandat zum Überfall.

Die durch den DDR-Anschluss vergrößerte Bundesrepublik machte mit. Der damalige Kanzler Schröder räumte den Völkerrechtsbruch dann 15 Jahre später ein, aber sein Nachfolger Scholz und seine aussenpolitische Gehilfin Baerbock sehen das völlig anders und können keinen Bruch des Völkerrechts erkennen.

Das aber war der Einschnitt, der von der NATO gesetzt wurde. Diese ist seitdem ein Kriegsführungspakt. Die völkerrechtswidrigen Feldzüge gegen Afghanistan, Irak und Libyen, aber auch das illegale Eingreifen in Syrien, wo bis heute US-Truppen stationiert sind, sowie schließlich der von den USA und Deutschland gedeckte Genozid Israels in Gaza sind nur einige Stationen.

Regelmässig gehörte dazu die Dämonisierung des jeweiligen Staatsoberhauptes durch westliche Politiker und Medien, die stets tödlich gemeint war. Slobodan Milosevic wurde im niederländischen Gefängnis zu Tode gebracht, der Iraker Saddam Hussein und der Libyer Muammar al Ghaddafi wurden unter NATO-Aufsicht von einheimischen Kopfabschneiderbanden bestialisch ermordet. In westlichen Kriegsmedien waren die drei jeweils „Wiedergänger Hitlers“, „Schlächter“ und „Faschisten“. Nur von den ukrainischen Anhängern des Faschisten Bandera, die im Auftrag der USA und auf Rechnung der EU 2014 in Kiew den frei gewählten Präsidenten der Ukraine stürzten, erfuhr westliches Publikum so gut wie nichts.

Am 17. Februar 2008 erkannte die Mehrheit der NATO-Mitglieder die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo an. Das Kosovo ist aber in Wirklichkeit ein NATO-Protectorat, in dem immer noch 4800 NATO-Soldaten aus 28 Ländern stationiert sind.

Im April soll das deutsche Kontingent noch einmal aufgestockt werden.



Opfer von NATO-Streubomben Serbien 1999

Jugoslawien wurde 1999 in 78 Bombentagen niedergeworfen. In der Ukraine begannen die Putschisten 2014 ihre „antiterroristische Operation“ gegen den Donbass, der dem US-finanzierten Putsch entgegengetreten war. Der schnelle Durchmarsch scheiterte darum – es war die wahrscheinlich größte Niederlage des Imperialismus seit 1999. Die Zeiten ändern sich erneut.

**Auszug aus dem Lehrstoff 7. Klasse
Staatsbürgerkunde DDR**

„Im Kapitalismus manipulieren politische Lobbyisten permanent die Preisregularien von Angebot und Nachfrage, um maximale Profite zu generieren. Sie nutzen dazu Lügen, die Ausschaltung von Konkurrenten und Provokationen zu Krisen und Kriegen. Aus nachfolgender Verknappung von Rohstoffen und Waren und damit Verteuerung, erzielen sie hohe Gewinne...“

Was haben die in der DDR aber auch für einen Mist gelernt...

„Die Zeitung Haaretz verfügt aufgrund ihrer anspruchsvollen Kommentierung des israelischen Kulturlebens über landesweites Renommee und wird auch international als Leitmedium eingestuft“.
Wikipedia

Palästina-Konflikt-

Richtigstellung: Haaretz-Untersuchung deckt Diskrepanzen auf in der israelischen Berichterstattung über die Zahl der Todesopfer vom 7. Oktober

In einer bahnbrechenden Untersuchung von Haaretz sind erschreckende Enthüllungen über die Zahl der Todesopfer durch die Ereignisse vom 7. Oktober ans Licht gekommen. Während Israel bereits zuvor Angaben zu den Opferzahlen gemacht hatte, sprechen die wahren Zahlen und Umstände der Todesfälle eine andere Sprache.

1. Bestätigte Zahl: 900 Tote Im Gegensatz zu den zuvor gemeldeten Zahlen hat die Untersuchung von Haaretz bestätigt, dass die tatsächliche Zahl der Opfer der Ereignisse vom 7. Oktober bei unglaublichen 900 Personen liegt.

2. Israelische Soldaten unter den Opfern Ein erheblicher Teil dieser Opfer sind israelische Soldaten, darunter 219 Frauen und 289 Männer. Diese Tatsache stellt das bisherige Narrativ in Frage und unterstreicht den tragischen menschlichen Preis, den die Israelis getragen haben.

3. Todesfälle in Kibbuzim im Zusammenhang mit Panzerbeschuss durch die israelische IDF Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, dass viele der Todesfälle in den Kibbuzim-Gebieten Anzeichen dafür sind, dass sie durch Panzerbeschuss der israelischen Streitkräfte (IDF) verursacht wurden. Dies stellt die Umstände dieser tragischen Vorfälle in Frage.

4. Fehlen von Beweisen für die Verbrennung von Israelis durch die

Hamas Gegensatz zu früheren Behauptungen gibt es keine Beweise dafür, dass die Hamas Israelis verbrannt hat. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass es durch israelischen Beschuss zu Verbrennungen gekommen ist, was ein Licht auf die Komplexität der Situation wirft.

5. Keine Vorfälle enthaupteter Babys Behauptungen über geköpfte Babys wurden durch die Untersuchung widerlegt, und es wurden keine derart schrecklichen Vorfälle bestätigt.

6. Behandlung von Körpern Die Untersuchung wirft Bedenken hinsichtlich der Behandlung des Verstorbenen auf. Es wurden Vorwürfe laut, die Leichen von Hamas-Kämpfern geschändet zu haben, während israelische Soldaten Berichten zufolge mit Respekt behandelt und nach Standardprotokollen in Leichenschauhäuser gebracht wurden.

7. Begrenzte Anzahl von Schießereien durch die Hamas Berichten zufolge ist die Zahl der von der Hamas erschossenen Personen mit weniger als 100 Betroffenen deutlich geringer als bisher angegeben. Bei den meisten der Erschossenen handelte es sich Berichten zufolge um Siedler, die zu diesem Zeitpunkt bewaffnet waren.

8. Kreuzfeuvorfälle mit Beteiligung ausländischer Arbeitnehmer In einer tragischen Wendung der Ereignisse gerieten viele philippinische und thailändische Arbeiter aufgrund von Schusswechseln zwischen der IDF und der Hamas in Kreuzfeuersituationen. Nach Angaben des Außenministeriums wurden alle in den Leichen der thailändischen Arbeiter gefundenen Kugeln entfernt, bevor ihre sterblichen Überreste den thailändischen Behörden übergeben wurden.

Die Untersuchung von Haaretz hat einen starken Kontrast zwischen der offiziellen Erzählung und der Realität der Ereignisse vom 7. Oktober ans Licht gebracht.